

Frauenpolitischer Aufbruch Der Kampf um das Frauenwahlrecht

Eine Wanderausstellung des Frauenmuseums Bonn



Frauenmuseum Bonn

präsentiert von der Gleichstellungsbeauftragten der
Stadt Arnstadt, den Stadtwerken Arnstadt und der
Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

20. Juni – 11. Juli 2019

Stadtwerke Arnstadt
Elxlebener Weg 8, Arnstadt



Ausstellungseröffnung:
20. Juni 2019, 16.00 Uhr
mit dem Frauenchor
aus Großrudstedt





Das Deutsche Reich gehörte zu den Staaten, die Ende 1918 relativ früh das allgemeine Frauenwahlrecht einführten. Die erste, die politische Gleichberechtigung forderte, war die Schriftstellerin Hedwig Dohm mit ihrem Werk „Der Frauen Natur und Recht“ von 1876. Seit Mitte der 1890er Jahre hatten sich einzelne Frauen um die Juristin Dr. Anita Augspurg für das Frauenstimmrecht ausgesprochen, die 1902 den Verein für das Frauenstimmrecht gründeten. Dabei mussten Vorurteile sowie manche juristische Hürden überwunden werden, denn in den meisten Bundesländern war es Frauen verboten, an politischen Versammlungen teilzunehmen und Mitglied in politischen Vereinen zu sein.

Die Stimmrechtsbewegung war sich uneins in der Frage, welches Wahlrecht für Frauen angestrebt werden sollte: ein Klassenwahlrecht oder das allgemeine demokratische Wahlrecht. Ebenso wenig konnte sie sich einigen, ob sie nur das kommunale oder das Reichstagswahlrecht forderte. Vielen Frauenrechtlerinnen war es wichtiger, bürgerliche Klasseninteressen zu vertreten als Rechte für alle Frauen – einschließlich der Arbeiterinnen – zu fordern. Die Ausstellung geht der Frage nach, mit welchen Strategien die Frauenrechtlerinnen auftraten und wie sie sich vernetzen. Nur zögerlich überwandten bürgerliche Frauen ihren Standsdünkel und nahmen an Demonstrationen teil, die als proletarische Aktionsform galten.

Lag die Einführung des Frauenwahlrechts 1918 „nur“ an dem Umstand, dass die Revolutionsregierung zur Stabilisierung ihrer Macht die Unterstützung der Frauen brauchte, oder hatten die Frauen ihren politischen Einfluss geltend gemacht? Vorgestellt werden Sozialistinnen, konservative bürgerliche Frauen und die sogenannten Radikalen, die oft mehr gegeneinander als miteinander agierten.

Kontakt:

Stadtverwaltung Arnstadt
Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte
Markt 1, 99310 Arnstadt
Telefon: (03628) 745 779
Telefax: (03628) 745 800
E-Mail: info@stadtverwaltung.arnstadt.de

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
Telefon: (0361) 57 32 11 730
Telefax: (0361) 57 32 11 702
E-Mail: LZT_PF@tsk.thueringen.de
www.lzt-thueringen.de